

**Absender
SPD-Fraktion**

Drucksachen-Nr.

0131/2013

öffentlich

Antrag

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
SPD-Fraktion**

**zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 07.03.2013**

Tagesordnungspunkt

**Antrag der SPD-Fraktion vom 21.02.2013 (eingegangen am 21.02.2013) zur
Kreuzung Odenthaler Straße/Hauptstraße**

Inhalt:

Die SPD-Fraktion beantragt mit Schreiben vom 21.02.2013 (eingegangen am 21.02.2013), die Beratungen über die verkehrlichen Lösungen an der Kreuzung Hauptstraße/Odenthaler Straße erst zu beginnen, wenn die Bauleitplanung in den angrenzenden Bebauungsplangebieten abgeschlossen ist.

Das Schreiben der SPD-Fraktion ist dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Gemäß § 1 Absatz 2 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach (ZuO) sind alle Angelegenheiten, über die der Rat Beschluss fassen soll, vorher von den Ausschüssen des Rates zu beraten, soweit sie in deren Zuständigkeit fallen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann entscheidet gemäß § 6 Absatz 6 Ziffer 3. ZuO über strategische Verkehrsentwicklungsplanungen.

Die Mitglieder des Planungsausschusses und des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr wurden mit Schreiben vom 06.02.2013 darüber informiert, dass in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 18.04.2013 der Grundsatzbeschluss zum Umbau des Verkehrsknotens Odenthaler Straße/Hauptstraße gefasst und dass dieser Sitzung eine gemeinsame Sitzung des Planungsausschusses und des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr zur gemeinsamen Beratung der Thematik unmittelbar vorgeschaltet werden soll.

Das Schreiben der Verwaltung ist dieser Vorlage ebenfalls als Anlage beigefügt.

Berührt ein Antrag einer Fraktion die Zuständigkeit eines Fachausschusses, ist er ohne Aussprache an den betreffenden Ausschuss zu überweisen, § 12 Absatz 1 der Geschäftsordnung der Stadt Bergisch Gladbach.

Die Verwaltung schlägt daher vor, den Antrag der SPD-Fraktion entsprechend dieser Regelung ohne Aussprache an den Planungsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr und den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann zur Behandlung in den vorstehend benannten Sitzungen zu überweisen.